



Schweiz veröffentlicht Impfstoff-Verträge – und ein Eingeständnis

5. August 2022 von [Dr. Gabriele Feyerher](#) 4,9 Minuten Lesezeit

Nun wurden auch die Schweizer Impfstoff-Verträge der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Jedoch würden die geschwärzten Stellen eine Druckerpatrone leeren...

Die Beschaffungsverträge für Corona-Impfstoffe, die das Schweizer Bundesamt für Gesundheit (BAG) zwischen Juni 2020 und März 2022 einging, wurden nun „veröffentlicht“. Selbstverständlich nicht, ohne brisante Stellen zu schwärzen, wobei die Hersteller sogar noch mehr „dunkle Nacht“ verlangt hätten. Sogar die Dauer der Geheimhaltung soll geheim bleiben.

Lange wehrte sich der Bund gegen eine Offenlegung, mit dem Argument, die Pandemie sei nicht vorbei und die weitere Beschaffung von Impfstoffen, können durch zu viel Transparenz „erschwert“ werden. Journalisten und Anwälte verlangten Einsicht, bekamen sie jedoch nun in einer Form, die dem Begriff Veröffentlichung Hohn spricht. So wurden etwa unter der Bezeichnung „Specifications“ in einem Vertrag mit Pfizer gleich 27 Seiten in Folge komplett geschwärzt. Bei Moderna und Pfizer werden keinerlei Preise offengelegt, laut Staatshaushalt handelt es sich allerdings in diesem Zusammenhang um Ausgaben von 830 Millionen Franken.

Bezüglich Haftung zeigt sich anhand der Pfizer-Unterlagen, dass der Bund anerkennen musste, ihm sei bewusst, **„wie schnell (rapidly) der Impfstoff angesichts der Notlage entwickelt wurde“**... und dass **„zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses keine Klarheit bezüglich Langzeiteffekten, Wirksamkeit sowie unerwünschter Wirkungen besteht“**. Zumindest deutet das auf eine Haftung der Firmen für verunreinigten Impfstoff hin (sofern hier ein Beweis je gelänge). Auch Volumina von

Einzellieferungen und Zahlungsziele bleiben geheim. Selbst nach Auslaufen der Verträge besteht noch Geheimhaltungspflicht – vermutlich über Jahre, um die Hersteller aus jeder Haftung für Langzeitwirkungen zu befreien. Praktisch kein Detail darf aus den Verträgen öffentlich werden ohne Absprache mit den Firmen.

Vor allem SVP-Politiker Aeschi zeigt sich mit dieser Farce nicht einverstanden und er stellt nun die Frage in den Raum, ob der Bund überhaupt befugt sei, Haftungsfreistellungen auszuverhandeln. Schon im Winter 2020/21 wehrte sich Alain Berset gegen die Offenlegung. Damit werde die Transparenz erhöht, sagte der Gesundheitsminister, doch dies bewirke höhere Preise und der „Ruf der Schweiz als verlässlicher Verhandlungspartner“ würde beschädigt. Er setzte sich zuerst damit gegen den Nationalrat durch. Jetzt bleibt abzuwarten, wie es nach dieser großartigen Offenlegung weitergeht.

Hier geht es [zum Originalartikel der NZZ](#).

Am Rande bemerkt: Ein interessantes Eingeständnis

An ganz anderer Front hat für mich ein einschlägiger Experte indirekt bestätigt, dass die ganze Covid-Geschichte gar zu offensichtlich dem Zweck diene, genmanipulierende Behandlungen endlich problemlos unters Volk zu bringen. In einem Online-Kongress über Immuntherapien gegen Krebs erläuterte der belgische Wissenschaftler und Facharzt für pädiatrische Hämato-Onkologie Prof. Dr. Stefaan Van Gool MD. PhD., Mitarbeiter des Immun-onkologischen Zentrums IOZK in Köln, die neuesten Methoden zur Behandlung von Gehirntumoren bei Kindern.

E N D E